

7. Mai 2026

Lebensgrundlagen sichern, Perspektiven schaffen

Der Wirtschaftsbeirat begrüßt und unterstützt alle derzeitigen Ansätze zur Senkung der Belastungen für Unternehmen und Privathaushalte bei Steuern, den Sozialabgaben und Energiekosten. Es ist richtig, zu sparen und zu reformieren, gleichzeitig die innere und äußere Sicherheit zu stärken und Spielräume zu schaffen für Forschung, Technologien und Unternehmergeist.

Es geht auch nicht anders. Die Summe aus Steuern und Abgaben kann im Verhältnis zur Gesamtleistung nicht weiter gesteigert werden. Die Staatsquote muss wieder deutlich gesenkt werden. Es bewegt sich insgesamt zu viel Geld durch öffentliche Haushalte und Systeme. Das verlangsamt die Prozesse, treibt Kosten, Preise und Inflation in die Höhe und zwingt die Unternehmen, ständig auf Entscheidungen aus Politik und Behörden zu warten. Gleichzeitig nährt es Unzufriedenheit in der Bevölkerung wegen tatsächlicher oder empfundener Ungleichheiten bei den Leistungsempfängern. Je mehr Bürgerinnen und Bürger Begünstigte von öffentlichen Leistungen sind, desto eher richten sie ihr Wahlverhalten nach der Ausgabenseite des Staates. Die kleiner werdende Gruppe der Leistungsträger gerät dadurch immer mehr in die Defensive und ist entmutigt.

Allen politischen Kräften auch in der Bundesregierung muss klar sein: Nur mit einem dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg in der Weltwirtschaft können wir uns den Sozialstaat leisten. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist unsere Lebensgrundlage.

Die Europäische Union und die westliche Allianz ist dafür die Basis, die wir lebendig erhalten und pflegen müssen. Die derzeitige Lage steht auch ganz unter dem Vorbehalt der Folgen des Iran-Kriegs – hier droht eine Destabilisierung von ganz anderem Ausmaß. Ähnliches gilt für die zunehmende finanzielle Schieflage der Vereinigten Staaten.

Daher sollte in der aktuellen Debatte gelten:

1. Steuern senken, Haushalt in Ordnung bringen

In der **Einkommensteuer** ist es sehr richtig, den Spitzensteuersatz später anzusetzen und die Belastungskurve in der Mitte des Steuertarifs abzuflachen. Zu wenig beachtet wird, dass sehr viele Unternehmen in Deutschland Einkommensteuer bezahlen. Dies sollte noch deutlicher herausgestellt werden. Die Forderungen nach der **Substanzbesteuerung von Vermögen**, auch bei

./.

Erbschaften, verlieren derzeit etwas an Gewicht. Das ist gut so. Allein die Diskussion darüber sorgt für Abschreckung der notwendigen Investitionen in den Standort Deutschland. Der Teil Zwei der **Unternehmensteuerreform** ist auch weiterhin noch offen.

Steuersenkungen, so notwendig sie sind, dürfen aber keinesfalls über **neue Schulden** finanziert werden. Die abrupte Aufgabe der **Schuldenbremse** – abgesehen von den Verteidigungsausgaben – war ein epochaler Fehler, ähnlich dem Ausstieg aus der Atomenergie ohne verfügbare Alternativen. Schulden schaffen nur scheinbar Spielräume, verschieben die notwendige Rebalancierung in die Zukunft und treiben den finanziellen und politischen Preis immer höher. Frankreich ist hier mahndendes Beispiel, wo die politische Mitte verdrängt wurde und populistische Extreme sich weigern, Verantwortung für den Staatshaushalt zu übernehmen.

2. **Gesundheit und Rente nachhaltig aufstellen**

Der erste Bericht der Finanzkommission **Gesundheit** vom März 2026 mit den Empfehlungen zur Stabilisierung des Beitragssatzes bietet eine hervorragende Grundlage für eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das rasche Umklappen in einen Gesetzentwurf ist ein gutes Vorgehen.

Hochproblematisch für den Industriestandort Deutschland ist dabei allerdings die **Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze**. Sie belastet die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheblich und drückt auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität im internationalen Wettbewerb – erreicht also das genaue Gegenteil ihres Ziels. Die Kommission hat auf diese Bedenken klar hingewiesen.

Gleichzeitig fehlt ein zentraler Reformpunkt: die **Entlastung der GKV von versicherungsfremden Leistungen**, vor allem der Finanzierung der Bürgergeldempfänger und Flüchtlingen ohne reelle Anerkennungschance. Dies zeigt einmal mehr, dass die Haushalte grundsätzlich bereinigt werden müssen.

Was bei der **Zukunft der Rente** zu tun ist, ist auch vor Abschluss der Kommissionsarbeiten bekannt. Eine nachhaltige Sicherung des Systems ist ohne Anhebung der Altersgrenzen, eine Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors und realistische versicherungsmathematische Abschläge bei vorgezogenen Renten und Renten für Teilzeittätigkeit nicht möglich. Wir unterstützen ausdrücklich die Förderung der weiteren Säulen der betrieblichen und persönlichen Altersversorgung. Das schließt eine Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Beiträge zur Sozialversicherung denklogisch aus.

Der **öffentliche Dienst** muss seine grundsätzlich für den Steuerzahler günstigen und effizienten Systeme behalten. Der Staat muss aber mehr Vorsorge für die Pensionen treffen, und die Personalkostenquote in den Haushalten muss insgesamt deutlich gesenkt werden. Überprüft werden müssen auch die Kosten für die durch Sachmittel finanzierten Stellen bei Nichtregierungsorganisationen und Projektträgern, quasi im indirekten öffentlichen Dienst.

3. Energiewende deutlich kostengünstiger gestalten

Der Wirtschaftsbeirat unterstützt ausdrücklich die **Vorschläge der Energieministerin** zur Kostensenkung und Neuregelung des Umbaus der Energieversorgung sowie zum Bau zusätzlicher Gaskraftwerke. Den Weg der Erneuerbaren Energien muss man konsequent weiter beschreiten, die Kosten für Subventionen müssen ständig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Der **Strompreis** muss durch Kostensenkungen, durch die Schaffung von mehr Flexibilität im System und die Nutzung vorhandener Energiequellen wie Gaslagerstätten gesenkt werden. Bis dies gelingt, kommen wir an einem Industriestrompreis nicht vorbei. In die Erforschung von **Kerntechnik** wie Kernfusion oder SMR-Kraftwerken und von Kernsicherheitstechnik muss man weiter investieren. Die stillgelegten Kernkraftwerke kann man nicht mehr reaktivieren. Kurzfristig ersetzt das aber nicht die Ergänzung um **Gaskraftwerke**. Die Nutzung heimischer Erdgasquellen ist für eine stärkere Unabhängigkeit und Resilienz der Energieversorgung zwingend notwendig

4. Europäischen Binnenmarkt und Verteidigung weiter stärken

Die Europäische Union muss sich aufs Äußerste mit neuen Initiativen zurückhalten, die die Unternehmen und Bürger weiter ablenken und belasten und den Rechtsbestand zurückfahren. Es geht nicht nur um Simplifizierung, sondern um **echte Deregulierung**. Ein Beispiel ist der Carbon Border Adjustment Mechanism, der sich in der Praxis bayerischer Unternehmen als unwirksamer und teurer neuer Importzoll entpuppt hat.

Wir sagen Ja zu Initiativen, die die Entfaltung der Unternehmen im **Binnenmarkt** erleichtern wie das „Europäische Business Wallet“ und das Angebot eines „28. Unternehmensregimes“. Wir sagen aber Nein zu einer gemeinsamen Steuer- und Sozial- und einer einengenden Industriepolitik. Das bedeutet auch ein klares Nein zu einem „Industry Accelerator Act“, der sich anmaßt, protektionistisch Lieferketten und Absatzmärkte in Unternehmen zu steuern.

In der Verteidigung bedarf es eines Sprunges hin zu einem **neuen Europäischen Verteidigungsbund** mit gemeinsamer militärischer Strategie und industrieller Beschaffung sowie gemeinsamer Finanzierung. Nur so kann Europäische Souveränität im Sinne globaler Verhandlungsmacht und militärischer Abschreckung gewonnen werden.

5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU weiter fördern

Der innere Zusammenhalt Europas und das Funktionieren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit muss weiter im Fokus der neuen mehrjährigen Finanzplanung der EU nach 2027 stehen. Die Grenzregionen Bayerns zu Österreich und Tschechien sind dabei Vorbilder und Vorreiter in ganz Europa. Die Donau-Moldau-Region ist – wie die Zusammenarbeit in der Coronakrise bewiesen hat – beispielhaft und sollte weiter europäisch gefördert und ausgebaut werden.